



SPD-Fraktion im Hessischen
Landtag



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Hessischen
Landtag

An den
Hessischen Minister des Innern
und für Sport
Herrn Volker Bouffier
- persönlich -
Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

- vorab per Fax -

Freitag, 12. März 2010

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

hinsichtlich des in der gestrigen Sitzung des Innenausschuss behandelten Vorgangs der Besetzung der Position des Präsidenten der Bereitschaftspolizei sind auch nach Ihrer Stellungnahme noch zahlreiche Fragen offen.

Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Frage, ob, in welcher Form und in welchem Umfang das von Ihnen dargestellte zweite Auswahlverfahren im vergangenen Jahr durchgeführt worden ist.

Inzwischen sind aufgrund der Medienberichtberichterstattung die insoweit bereits gestern formulierten Zweifel weiter verstärkt worden, zumal der Rechtsanwalt des Bewerbers Richter öffentlich mitgeteilt hat, dass weder er noch sein Mandant Kenntnis von dem von Ihnen angesprochenen zweiten Auswahlverfahren erlangt hätten.

Und auch der renommierte Staats- und Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis von der Humboldt-Universität zu Berlin äußerte öffentlich juristische Bedenken gegenüber einem vermeintlichen Auswahlverfahren, von dem kein Bewerber etwas erfahren habe.

Da die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es für unabdingbar halten, dass die Besetzung von Führungsfunktionen im hessischen Landesdienst rechtsfehlerfrei und nicht in rechtswidriger Weise durchgeführt werden, fordern wir Sie auf, den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Landtag vertretenen Fraktionen die Dokumentation des von Ihnen behaupteten zweiten Auswahlverfahrens sowie die Dokumentation der zwischen dem Staatssekretär Rhein und dem Bewerber Richter im März 2009 geführten Gespräche vorzulegen.

Da wir wissen, dass es sich bei beidem um vertrauliche Personalvorgänge handelt, regen wir diese bereits oft im Hessischen Landtag geübte und mit § 5 Nr. 2 der Datenschutzordnung des Hessischen Landtags in Einklang stehende Vorgehensweise an.

Wir erwarten, dass Sie uns bis Montag, dem 15. März 2003, 12:00 Uhr mitteilen, wo und auf welchem Weg die vorgenannten Akten und Unterlagen bis Mittwoch, dem 17. März von den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern eingesehen werden können.

Wir werden das Schreiben ebenfalls dem Ministerpräsidenten und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten zur Kenntnis zuleiten, da die von uns begehrte Aufklärung auch entscheidenden Einfluss auf die von Ihnen angesprochene Kabinettsentscheidung zur Benennung des Herrn Langecker als Präsident der Bereitschaftspolizei hat.

Mit freundlichen Grüßen



Günter Rudolph
Parlamentarischer Geschäftsführer



Jürgen Frömmrich
Innenpolitischer Sprecher

Zur Kenntnis an den:

- Hessischen Ministerpräsidenten, Herrn Roland Koch -
- Hessischen Minister der Justiz, Integration und Europa, Herrn Jörg-Uwe Hahn -